

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
24.04.2023
Ausschussbetreuender Fachbereich
Ratsbüro
Schriftführung
Saskia Anger
Telefon-Nr.
02202-142237

Niederschrift

Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Dienstag, 28.03.2023

Sitzungsort

Theatersaal im Bürgerhaus Bergischer Löwe, Konrad-Adenauer-Platz, 51465 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:05 Uhr – 20:16 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschriften der vergangenen Sitzungen - öffentlicher Teil**
- 3 Berichte über die Durchführung von Beschlüssen**
- 3.1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 13.12.2022 - öffentlicher Teil**
0133/2023
- 3.2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 17.01.2023 - öffentlicher Teil**
0139/2023
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4.1 Schriftliche Mitteilungen**

- 4.1.1 Schriftliche Mitteilung: Nachfolge eines Vorsitzes des Ausschusses für Schule und Gebäudewirtschaft**
0076/2023
- 4.1.2 Schriftliche Mitteilung: künftiger Sitzungsort und Sitzordnung für Sitzungen des Rates**
0117/2023
- 4.1.3 Schriftliche Mitteilung: Einführung von Performance Based Navigation (PBN) am Flughafen Köln/Bonn**
0122/2023
- 4.2 Mündliche Mitteilungen**
- 5 Einwohnerfragestunde**
0687/2022
- 5.a Haushaltsreden**
- 6 Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2023**
0578/2022/1
- 7 Satzung zur Unterstützung der Sanierung des Haushaltes der Stadt Bergisch Gladbach und zur Sicherstellung einer nachhaltigen Haushaltswirtschaft**
0154/2023
- 8 Haushalt 2023**
0171/2023
- 9 Gesamtabschluss 2020 der Stadt Bergisch Gladbach**
0172/2023
- 10 Aufhebung der Satzung über die Erhebung einer Wettbürosteuer in der Stadt Bergisch Gladbach (Wettbürosteuersatzung)**
0118/2023
- 11 Feststellung des Jahresabschlusses 2021 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“**
0102/2023
- 12 Entlastung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung für den Jahresabschluss 2021 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach"**
0101/2023
- 13 Feststellung des Jahresabschlusses 2020 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“**
0094/2023
- 14 Entlastung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung für den Jahresabschluss 2020 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach"**
0097/2023
- 15 Jahresabschlüsse 2022 der Zukunft Stadt Profil GmbH & Co. KG und Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-GmbH**
0156/2023

- 16 **Wirtschaftsplan 2023 der GL Service gGmbH**
0674/2022
- 17 **Offenhalten von Verkaufsstellen**
0125/2023
- 18 **2. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach**
0009/2023
- 19 **Erhöhung des pauschalierten städtischen Zuschusses für den Förderverein des Bergischen Museums ab 01.01.2023**
0025/2023
- 20 **Beschluss über die Einrichtung einer offenen Sprechstunde des Integrationsrates**
0677/2022
- 21 **Beschlussvorschlag für eine weitere Beiratsperiode des Gestaltungsbeirats von fünf Jahren**
0690/2022
- 22 **Änderung der Geschäftsordnung und Anpassung der Aufwandsentschädigung des Gestaltungsbeirats**
0691/2022
- 23 **Beitritt der Stadt zur BürgerEnergie Bergisch Gladbach Genossenschaft**
0175/2023
- 24 **Beitritt der Stadt Bergisch Gladbach als Gesellschafterin zur "NRW.Urban Kommunale Entwicklung GmbH"**
0120/2023
- 25 **Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung: Antragstellung „Impulsförderung Kommunale Wärmeplanung“ und Bereitstellung konsumtiver Mittel im Haushalt 2024**
0124/2023
- 26 **Heimat-Preis 2023**
0078/2023
- 27 **VII. Änderungssatzung zur Hauptsatzung**
0686/2022
- 28 **Änderung der Bezeichnung und der Zuständigkeiten des bisherigen Ausschusses für den Stadthausneubau (ASHNB)**
(Die Vorlage Nr. 0608/2022 wurde in den Sitzungen des Hauptausschusses am 07.12.2022 und des Rates am 13.12.2022 vertagt. Der Ältestenrat empfahl dem Bürgermeister in der Sitzung am 06.02.2023, den Tagesordnungspunkt ohne Vorlage in die Tagesordnungen der Sitzungen des Hauptausschusses am 21.03.2023 und des Rates am 28.03.2023 aufzunehmen.)
0608/2022/1
- 29 **Änderung der "Allgemeinen Regelungen für die Durchführung von auswärtigen Klausurtagungen der Fraktionen"**
0110/2023

- 30 Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten: (stellvertretende) Vertretung der Stadt Bergisch Gladbach in Organen verschiedener Unternehmen**
0671/2022
- 31 Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
- 31.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 02.03.2023 (eingegangen am 02.03.2023) zur Umbesetzung in Ausschüssen**
0173/2023
- 31.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 23.02.2023 (eingegangen am 02.03.2023) zur Umbesetzung in Ausschüssen**
0174/2023
- 31.3 Antrag der CDU-Fraktion vom 07.03.2023 (eingegangen am 07.03.2023) zur Umbesetzung in Ausschüssen**
0176/2023
- 32 Anträge der Fraktionen**
- 33 Anfragen der Ratsmitglieder**
- 33.1 Schriftliche Anfragen**
- 33.1.1 Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 17.03.2023 (eingegangen am 17.03.2023): „Grillhütte in Refrath“**
- 33.2 Mündliche Anfragen**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Stein eröffnet um 17:05 Uhr die 13. Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der X. Wahlperiode und stellt fest, dass der Rat rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig sei.

Seitens der Ratsmitglieder sei Herr Schade (CDU-Fraktion) entschuldigt.

Herr Orth (SPD-Fraktion) nimmt ab 17:10 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö1), Herr Kraus (CDU-Fraktion) nimmt ab 17:12 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö1), Frau Casper (CDU-Fraktion) nimmt ab 17:13 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö1) und Herr Dr. Engel (FDP-Fraktion) nimmt ab 17:16 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö1) teil.

Herr Stein berichtet zu Beginn der Sitzung von seiner Reise nach Israel und richtet Grüße aus der Partnerstadt aus.

Herr Stein erläutert, dass in Nachfolge für Frau Satler (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) Frau Schulz-Bergermann das Ratsmandat angenommen habe und als Mitglied des Rates der Stadt Bergisch Gladbach gemäß § 67 Absatz 3 GO NRW vom Bürgermeister in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu verpflichten sei.

Frau Schulz-Bergermann spricht dazu den nach der Verwaltungsvorschrift zu § 32 Abs. 4 GO (alte Fassung) vorgesehenen, folgenden Text:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Bergisch Gladbach erfüllen werde.“

Zu seiner voraussichtlich letzten Ratssitzung begrüße er heute Herrn Rolf-Dieter Schacht, der sich entschieden habe, sein Ratsmandat zum Ende des Monats niederzulegen. Herr Stein ehrt die Arbeit von Herrn Schacht und überreicht ihm feierlich einen Blumenstrauß.

Als Unterlagen der heutigen Sitzung benennt Herr Stein:

die Einladung vom 08.03.2023 mit den dazugehörigen Vorlagen und der Anlage zur Tagesordnung sowie

die mit Schreiben vom 23.03.2023 übersandte Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung mit den Beratungsergebnissen der vorberatenden Ausschüsse und mit ergänzenden Unterlagen sowie

eine um die Auswirkungen der Beratungsergebnisse des AFBL aktualisierte Fassung der Haushaltssatzung und des Gesamtergebnisplans zu TOP Ö 6 als Tischvorlage sowie

die Vorlage Nr. 0191/2023/1 – Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 17.03.2023 (eingegangen am 17.03.2023): „Grillhütte in Refrath“, die unter TOP Ö 33.1.1 behandelt werden könne, als Tischvorlage.

Herr Dr. Engel habe mit E-Mail vom 27.03.2023 betreffend die Darstellung der Beratungsergebnisse des AFBL auf folgendes hingewiesen:

„(...) leider ist im Protokoll ein Fehler aufgetreten. Im AFBL habe ich gegen die Streichung der HSK-Maßnahme ‚Schließung Bürgerbüros‘ gestimmt. Im Protokoll und der Ratsvorlage steht ‚Nichtabgabe der Stimme‘. Dies ist falsch. Ich bitte um zeitnahe Berichtigung und auch um Anpassung der Ratsvorlage für morgen.“

Herr Röhr habe für die Fraktion Freie Wählergemeinschaft heute gegenüber der Verwaltung einen Antrag angekündigt, die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung wie folgt zu ändern:

Bisherige Reihenfolge: Haushalt 2023, Stellenplan, Nachhaltigkeitssatzung.

Neue Reihenfolge (Antrag): Stellenplan, Nachhaltigkeitssatzung, Haushalt 2023.

Herr Dr. Metten merkt an, dass es sinnvoll sei in die Thematik mit Haushaltsreden einzusteigen.

Herr Stein schlägt vor, dass man zu Beginn dieser drei Tagesordnungspunkte mit den Haushaltsreden starten könnte.

Herr Dr. Metten kritisiert dieses Verfahren, da dieses nicht mit der Geschäftsordnung vereinbar sei.

Herr Röhr beantragt, die Tagesordnung dahingehend zu ändern, dass zunächst der Stellenplan, danach die Nachhaltigkeitssatzung und zum Schluss der Haushalt 2023 beschlossen werde. Die Haushaltsreden könnten vorab gehalten werden.

Herr Krell führt an, dass er dieser vorgeschlagenen Reihenfolge nicht zustimmen könne.

Herr Schütz schlägt vor, die Tagesordnungspunkte vor der Beschlussfassung zu unterbrechen und zunächst über jeden Tagesordnungspunkt die Diskussion zu eröffnen.

Herr Dr. Nuding äußert, dass für ihn die Reihenfolge der Abstimmung relevant sei und nicht der Zeitpunkt des Haltens der Haushaltsrede.

Herr Stein schlägt vor, dass man in der vorgesehenen Reihenfolge diskutiere und zum Schluss über alle Tagesordnungspunkte abstimme.

Herr Dr. Metten äußert, er halte das vorgeschlagene Verfahren nicht für rechtssicher.

Herr Waldschmidt schlägt vor, dass man als erstes die als Tagesordnungspunkt Ö 5a Haushaltsreden halten könne und danach wie von der Fraktion Freie Wählerschaft beantragt verfahren könnte.

Über diesen Vorschlag besteht im Rat Einvernehmen.

Herr Stein erläutert, dass auf Grund eines Fehlers der Verwaltung die nicht öffentliche Vorlage Nr. 0690/2023 – Beschlussvorschlag für eine weitere Beiratsperiode des Gestaltungsbeirats von fünf Jahren – in den öffentlichen Teil der Sitzung des Rates am 23.02.2023 aufgenommen worden sei. Grund für die Nichtöffentlichkeit der Vorlage sei die Angabe personenbezogener Daten der zur Wahl stehenden Personen in der Sachdarstellung der Vorlage.

Der Beschlusstext selbst enthalte keine nicht öffentlich zu behandelnden Inhalte. Die Vorlage sei weiterhin nur im passwortgeschützten Bereich des RIS und damit ausschließlich nicht öffentlich abrufbar.

Die Vorlage könnte nun in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung als TOP N 6.a verschoben werden.

Falls in der Beratung keine nicht öffentlich zu behandelnden Inhalte zur Sprache kämen, könnte man die Vorlage aber auch im öffentlichen Teil belassen und beschließen, was er hiermit vorschläge.

Es besteht Einvernehmen im Rat darüber so zu verfahren.

Er empfehle dem Rat, den Antrag der SPD-Fraktion zur Umbesetzung in Ausschüssen nicht in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen. Dies hatte er in den Ratssitzungen der vergangenen Monate mehrfach angekündigt, da eine äußerste Dringlichkeit zur Erweiterung der Tagesordnung nicht erkennbar sei. Außerdem seien die vom Rat beschlossenen längeren Ladungsfristen nicht nur von der Verwaltung, sondern auch von den Fraktionen einzuhalten.

Herr Haasbach teilt mit, dass es in der vergangenen Woche einen Pressetermin zum Erhalt der Seniorenbegegnungsstätte gegeben habe. Dort seien Unterschriftenlisten an die Politik eingereicht worden, welche er nun offiziell an Herrn Stein abgeben wolle.

2. Genehmigung der Niederschriften der vergangenen Sitzungen - öffentlicher Teil

Herr Stein stellt fest, ihm lägen keine schriftlichen Einwendungen vor; mündliche Einwendungen würden ebenfalls nicht erhoben.

Damit gelten die Niederschriften über die Sitzungen des Rates am 13.12.2022 und 17.01.2023 – öffentlicher Teil – als genehmigt.

3. Berichte über die Durchführung von Beschlüssen

3.1. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 13.12.2022 - öffentlicher Teil 0133/2023

Die Ratsmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

3.2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 17.01.2023 - öffentlicher Teil 0139/2023

Die Ratsmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

4.1. Schriftliche Mitteilungen

4.1.1. Schriftliche Mitteilung: Nachfolge eines Vorsitzes des Ausschusses für Schule und Gebäudewirtschaft 0076/2023

Die Ratsmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4.1.2. Schriftliche Mitteilung: künftiger Sitzungsort und Sitzordnung für Sitzungen des Rates 0117/2023

Die Ratsmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4.1.3. Schriftliche Mitteilung: Einführung von Performance Based Navigation (PBN) am Flughafen Köln/Bonn
0122/2023

Frau Mehls fragt an, was die Einführung von der Performance Based Navigation am Flughafen Köln/Bonn für die Stadt Bergisch Gladbach bedeute.

Herr Cürten antwortet, dass es für die Stadt Bergisch Gladbach künftig keine sich hieraus ergebenden Nachteile geben würde. Die Einführung sei eine bloße technische Umstellung. Es werde weder weniger noch mehr Fluglärm geben.

Die Ratsmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4.2. Mündliche Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen des Bürgermeisters im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

5. Einwohnerfragestunde
0687/2022

Herr Stein erläutert, dass eine Einwohnerfrage von Herrn Hoffmann vorliege.

1. Frage von Herrn Hoffmann:

„Warum wurden am Rosenmontag keine Mülltonnen in Bergisch Gladbach geleert, obwohl Rosenmontag kein Feiertag ist?“

Antwort der Verwaltung:

„Der Rosenmontag ist zwar im Rheinland kein gesetzlicher Feiertag, aber ein sogenannter ‚Brauchtumstag‘. Die Verwaltung hat mit dem Personalrat eine Dienstvereinbarung geschlossen, die den Rosenmontag als freien Tag für die meisten Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung ausweist. Dies beinhaltet auch die Kolleginnen und Kollegen der Abfallsammlung. Daher werden am Rosenmontag in Bergisch Gladbach seit Jahrzehnten keine Mülltonnen geleert.“

2. Frage von Herrn Hoffmann:

„Bekommen die Müllmänner für den freien Rosenmontag einen Tag Urlaub abgezogen?“

Antwort der Verwaltung:

„Da es sich, wie vorher erwähnt, um eine Dienstvereinbarung handelt, die diesen Tag als freien Tag beinhaltet, wird weder für Müllmänner, noch für andere Mitarbeitende der Stadt Bergisch Gladbach hierfür ein Urlaubstag abgezogen.“

3. Frage von Herrn Hoffmann:

„Wie viele Klagen hat es gegen Beschlüsse des Umlegungsausschusses im Jahr 2022 gegeben?“

Antwort der Verwaltung:

„Im Jahr 2022 gab es keine Klagen gegen Beschlüsse des Umlegungsausschusses.“

Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Die Ratsmitglieder nehmen die vorgetragenen Einwohnerfragen und die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

5.a. Haushaltsreden

Herr Stein erläutert, dass alle Ratsmitglieder die Möglichkeit hätten, einen Wortbeitrag vom Redepult aus zum Haushalt zu halten. Er würde zunächst den Vorsitzenden der Fraktionen in der Reihenfolge der Größe der Fraktionen das Wort erteilen und dann auch den übrigen Ratsmitgliedern, falls sie dies wünschen.

[Haushaltsreden von 17:43-18:59]

1. Herr Dr. Metten
2. Frau Meinhardt
3. Herr Waldschmidt
4. Herr Krell
5. Herr Schöpf
6. Herr Dr. Nuding
7. Herr Schütz

Herr Schütz hebt in seiner Haushaltsrede folgende Punkte besonders hervor:

- Bedeutung Zeitenwende für Bergisch Gladbach
- Kritik an Projekt Laurentiusstraße als Fahrradstraße
- drohende Grundsteuerreform
- freiwilliges HSK sei gute Richtung, aber nicht ausreichend
- Umwandlung Zanders-Gelände bietet Chance für Bergisch Gladbach

8. Herr Samirae

Die Haushaltsreden, die der Verwaltung für die Niederschrift übermittelt wurden, sind dieser Niederschrift als Anlagen beigelegt. Eventuell nach Versand der Niederschrift eingehende Haushaltsreden würden dem Durchführungsbericht beigelegt.

6. Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2023 *0578/2022/1*

Herr Schöpf kritisiert, dass es einerseits Stellen gebe, welche 3 Gehaltsstufen höher bewertet würden und andererseits Stellen, welche niedriger bewertet werden sollen. Er schlägt vor, dass hoch bewertete Stellen abgestuft werden, damit niedriger bewertete Stellen von diesen Einsparungen höher bewertet werden könnten.

Herr Stein antwortet, dass dieser Vorschlag nicht gerechtfertigt sei.

Herr Henkel betont, dass die CDU-Fraktion zwar in der Gesamtabstimmung für den Stellenplan stimmen werde, aber unter Punkt 4 nur den betreffend FB 10, FB 1-11 „Sachbearbeitung Recruiting“ und FB 4-40 „Sachbearbeitung Schul-IT/Support“ vorgeschlagenen Stellen zustimme.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die FDP-Fraktion und Herrn Samirae folgenden geänderten Beschluss:

Die unter Punkt 2 dargestellten Vorschläge werden beschlossen.

Die unter Punkt 3.1 dargestellten Vorschläge werden beschlossen.

Die unter Punkt 3.2 dargestellten Vorschläge werden beschlossen.

Die unter Punkt 4 betreffend FB 10 dargestellten Vorschläge werden beschlossen.

Die unter Punkt 4 betreffend FB 1-11 „Sachbearbeitung Recruiting“ und FB 4-40 „Sachbearbeitung Schul-IT/Support“ dargestellten Vorschläge werden beschlossen.

Die übrigen unter Punkt 4 dargestellten Vorschläge werden beschlossen. Im Übrigen wird Kenntnis genommen.

Betreffend Punkt 4 wird die folgende Änderung berücksichtigt: Der Einrichtung von 35,5 neuen Stellen und der Streichung von 13,5 Stellen – die Stelle 4-1818 fällt nicht weg – für den Stellenplan 2023 wird zugestimmt. Für diese Stelle sind in den Haushaltsplanungen

2023 keine Personalkosten eingeplant und dies führt zu einem jährlichen Mehraufwand von rund 84.000 EUR. Diese Mehraufwendungen sind im Gesamthaushalt zusätzlich bereitzustellen.

7. **Satzung zur Unterstützung der Sanierung des Haushaltes der Stadt Bergisch Gladbach und zur Sicherstellung einer nachhaltigen Haushaltswirtschaft**
0154/2023

Herr Buchen erläutert, dass es im AFBL hierzu einen Änderungsantrag von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion gegeben habe. Daraufhin habe die CDU-Fraktion einen Vertagungsantrag gestellt, da es noch weiteren Klärungsbedarf gegeben habe. Er fragt an, was die neue Satzung für künftige Investitionsentscheidungen zu bedeuten habe.

Herr Eggert antwortet, dass man zum jetzigen Zeitpunkt nicht exakt darstellen könne, wie sich die neue Satzung auf Investitionsentscheidungen auswirke. Es würden auch nicht alle Investitionen von der Kämmerei bearbeitet, sondern von den diversen Fachbereichen.

Herr Buchen wirft ein, dass er die Satzung gerne im gesamten verstehen würde bevor diese mit Änderungen beschlossen werde.

Herr Eggert antwortet, dass es auf die Art der Investition ankomme, wie sich die neue Satzung darauf auswirke.

Herr Stein antwortet, dass er den Änderungsantrag als deklaratorischen Antrag verstehe.

Herr Kochan erläutert, dass im betreffenden Erlass für die Kommunen hierzu erläutert sei, wie im Einzelfall zu verfahren sei.

Herr Dr. Metten äußert, dass der Vertagungsantrag der CDU-Fraktion gestellt worden sei, damit die Änderungen die die gestellten Anträge mit sich bringen auch nachvollzogen werden könnten.

Herr Dr. Bacmeister erläutert, dass die beantragten Ergänzungen in § 6 der Nachhaltigkeitssatzung die Nachhaltigkeit der Satzung herbeiführen würden. Man rechne bei künftigen Investitionen nach Lebenszykluskosten und berücksichtige den CO2-Rucksack.

Herr Henkel betont, dass die CDU-Fraktion das Vorgehen kritisiere. Man habe im AFBL eine Tischvorlage mit den beantragten Änderungen erhalten und solle diese nun innerhalb kürzester Zeit nachvollziehen können. Er stellt dahingehend einen Antrag auf Vertagung dieses Tagesordnungspunktes.

Herr Stein stellt zunächst den Antrag auf Vertagung zur Abstimmung.

Für den Antrag auf Vertagung stimmen die CDU-Fraktion, die AfD-Fraktion und Herr Samirae. Gegen den Antrag auf Vertagung stimmen die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion, die Fraktion Freie Wählergemeinschaft und die Fraktion Bergische Mitte.

Damit ist der Antrag auf Vertagung mehrheitlich **abgelehnt**.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die AfD-Fraktion folgenden geänderten **Beschluss**:

Die Satzung zur Unterstützung der Sanierung des Haushaltes der Stadt Bergisch Gladbach und zur Sicherstellung einer nachhaltigen Haushaltswirtschaft (Haushaltssanierungs- und Nachhaltigkeitssatzung) wird in der den Ratsmitgliedern mit Schreiben vom 23.03.2023 übersandten Fassung beschlossen. Die Satzung tritt am 01.04.2023 in Kraft.

8. **Haushalt 2023**
0171/2023

Herr Buchen betont, dass die CDU-Fraktion das freiwillige Haushaltssicherungskonzept nicht in Gänze mittragen könne. Einige Einsparungsmaßnahmen seien nachvollziehbar und könnten unterstützt werden. Allerdings könne man in der derzeitigen Situation nicht die Fachberatung für die Träger der KiTas reduzieren. Ebenfalls sei die Schließung der Direktwahlbüros kritisch zu betrachten, da diese für viele Bürger relevant gewesen seien. Besser wäre es gewesen, beispielsweise die Lastenfahräder im Wert von 34.000 Euro nicht anzuschaffen, da diese bisher keimnal genutzt worden seien. Auch die Kampagne für neue Fahrradstraßen sei in der derzeitigen Haushaltssituation unangebracht gewesen.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion und Herrn Samirae bei Enthaltung der Bergischen Mitte Fraktion folgenden geänderten **Beschluss**:

1. **Das freiwillige Haushaltssicherungskonzept wird unter Berücksichtigung der vom Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften vorgeschlagenen Änderungen beschlossen:**
 - **Der Empfehlung des ASWDG, die Reduzierung der Seniorenbegegnungsstätten zu streichen, wird zugestimmt.**
 - **Der Empfehlung des ABKS, die HSK-Maßnahme „Erhebung von Sporthallennutzungsentgelten“ zu streichen, wird zugestimmt.**
 - **Dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion, die HSK-Maßnahme „Reduzierung der Schülerfahrtkosten“ zu streichen, wird zugestimmt.**
 - **Dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion, die HSK-Maßnahme „Schließung Bürgerbüros Bensberg und Refrath“ zu streichen, wird zugestimmt.**
 - **Dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion, betreffend die HSK-Maßnahme „Wegfall des Zuschusses für den Wohnmobilstellplatz am Kombibad“ mit dem für Tourismus zuständigen Kreis Gespräche mit dem Ziel einer weniger defizitären Übernahme der Tätigkeit zu führen, den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften über das Ergebnis dieser Gespräche zu informieren und, falls die Gespräche zu keinem Ergebnis führen, den zuständigen Fachausschüssen die Umsetzung der HSK-Maßnahme vorzuschlagen, wird zugestimmt.**
2. **Die Haushaltssatzung für das Jahr 2023 wird unter Berücksichtigung der vom Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften vorgeschlagenen Änderungen und inklusive der dem Ausschuss vorliegenden Änderungsliste beschlossen:**
 - **Der Empfehlung des ABKS, für den Kultursommer 2023 zusätzlich 10.000,- EUR bereitzustellen, wird entsprochen.**
 - **Der vorgelegten Änderungsliste im ASG zur „Finanziellen Zuwendung des Landes NRW aus dem Belastungsausgleichsgesetz G9“ wird zugestimmt.**
 - **Der vorgelegten Änderungsliste im Hauptausschuss, zusätzliche konsumtive Mittel für die kommunale Wärmeplanung einzuplanen, wird zugestimmt.**
 - **Der Empfehlung des Hauptausschusses, zusätzliche konsumtive Mittel für die Stelle „Marketing und Öffentlichkeitsarbeit der kulturellen Einrichtungen“ bereitzustellen, wird zugestimmt.**
3. **Folgender zusätzlicher Deckungsvermerk wird beschlossen: „Die investiven und konsumtiven Ein- und Auszahlungen/Erträge und Aufwendungen für die Maßnahmen des Mobilitätskonzepts bilden über die Produktgruppen 09.022 Mobilität und Stadtentwicklung sowie 12.760 Bau-, Unterhaltungs- und Planungsaufgaben an Verkehrsflächen und -anlagen betrachtet jeweils ein Budget.“**

Herr Stein spricht gemäß § 14 der Geschäftsordnung (Erklärungen und Bemerkungen) zum Tagesordnungspunkt. Er wolle sich bei der Verwaltung für die Bearbeitung des freiwilligen HSKs, der Nachhaltigkeitssatzung und des Haushaltsentwurfes bedanken. Für die nächste Haushaltsberatung würde er sich über Impulse in Form von konkreten Anträgen vonseiten der

CDU-Fraktion sehr freuen. Bezüglich Kritiken vonseiten der FDP-Fraktion am Haushalt äußert er, dass er die gesamtpolitische Verantwortung hierfür zu tragen habe. Herr Dr. Metten erklärt, dass diese Darstellung des Bürgermeisters in der Sachdebatte vor dem Beschluss hätte erfolgen müssen, um den Ratsmitgliedern Möglichkeit zur Gegenrede zu geben.

9. Gesamtabschluss 2020 der Stadt Bergisch Gladbach
0172/2023

Die Ratsmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

10. Aufhebung der Satzung über die Erhebung einer Wettbürosteuer in der Stadt Bergisch Gladbach (Wettbürosteuersatzung)
0118/2023

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die der Vorlage als Anlage beigefügte Aufhebungssatzung zur Satzung über die Erhebung einer Wettbürosteuer in der Stadt Bergisch Gladbach (Wettbürosteuersatzung) wird beschlossen.

11. Feststellung des Jahresabschlusses 2021 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“
0102/2023

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt

- 1. gemäß § 26 Absatz 3 EigVO die Bilanz zum 31.12.2021 in Aktiva und Passiva mit 251.964.731,97 EUR und die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresüberschuss von 12.808.317,00 EUR fest**
- 2. und nimmt gemäß § 26 Absatz 3 EigVO den Lagebericht 2021 zur Kenntnis.**
- 3. Der Jahresüberschuss 2021 wird**
 - a) in Höhe von 7.008.317,00 EUR gemäß § 10 Absatz 3 EigVO dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke zugeführt**
 - b) in Höhe von 5.800.000,00 EUR an den städtischen Haushalt abgeführt.**

12. Entlastung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung für den Jahresabschluss 2021 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach"
0101/2023

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Rat beschließt die Entlastung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung für das Wirtschaftsjahr 2021.

13. Feststellung des Jahresabschlusses 2020 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“
0094/2023

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

- 1. gemäß § 26 Absatz 3 EigVO die Bilanz zum 31.12.2020 in Aktiva und Passiva mit 21.104.792,81 EUR und die Gesamtergebnisrechnung mit einem Jahresfehlbetrag von 326.614,69 EUR fest**
- 2. und nimmt gemäß § 26 Absatz 3 EigVO den Lagebericht 2020 zur Kenntnis.**

3. Der Jahresfehlbetrag 2020 wird
 - a) in Höhe von 326.614,69 EUR gemäß § 10 Absatz 6 EigVO auf neue Rechnung vorgetragen.
4. Für steuerliche Zwecke wird im Hinblick auf den Betrieb gewerblicher Art (BGA) das Folgende beschlossen: Der Gewinn des BGA in Höhe von 25.197,33 EUR (im obigen Jahresfehlbetrag enthalten) wird auf neue Rechnung vorgetragen.

14. Entlastung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung für den Jahresabschluss 2020 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach"
0097/2023

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Rat beschließt die Entlastung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung für das Wirtschaftsjahr 2020.

15. Jahresabschlüsse 2022 der Zukunft Stadt Profil GmbH & Co. KG und Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-GmbH
0156/2023

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fasst folgende Beschlüsse:

1. Der Zwischenabschluss der Zukunft Stadt Profil GmbH & Co. KG zum 31.12.2022 wird mit Aktiva und Passiva von 90.539,63 EUR und einem Fehlbetrag bzw. einem auf Kapitalkonten der Stadt Bergisch Gladbach zu belastenden Betrag von 3.523,44 EUR festgestellt bzw. hilfsweise gebilligt.
2. Der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der Zukunft Stadt Profil GmbH & Co. KG werden für das Geschäftsjahr 2022 entlastet.
3. Herr Bürgermeister Frank Stein wird als der städtische Gesellschaftervertreter in der Gesellschafterversammlung der Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-GmbH nach § 113 Absatz 1 GO NRW bevollmächtigt:
 - In der Bilanz zum 31.12.2022 Aktiva und Passiva mit 26.500 EUR und in der Gewinn- und Verlustrechnung das Jahresergebnis 2022 mit 0 EUR festzustellen.
 - Die Geschäftsführung der Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-GmbH für das Geschäftsjahr 2022 zu entlasten.

16. Wirtschaftsplan 2023 der GL Service gGmbH
0674/2022

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH (GL Service) stellte, vorbehaltlich eines Weisungsbeschlusses des Rates, am 14.12.2022 den Wirtschaftsplan 2023 der GL Service nach § 10 Nr. 1 a) des Gesellschaftsvertrages fest. Der von der Gesellschafterversammlung getroffene Beschluss wird wie folgt gebilligt: Der Wirtschaftsplan 2023 der GL Service wird festgestellt und eine entsprechende Weisung i.S. §113 (1) GO NRW erteilt.

17. Offenhalten von Verkaufsstellen
0125/2023

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Bergische Mitte Fraktion folgenden **Beschluss**:

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen wird in der Fassung der Anlage zur Vorlage beschlossen.

18. **2. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach**
0009/2023

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion, die AfD-Fraktion und Herrn Samirae folgenden **Beschluss**:

Artikel 1 Nr. 1 der 2. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

Artikel 1 Nr. 2 der 2. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Artikel 1 Nr. 3 der 2. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Der Rat fasst einstimmig folgenden ergänzenden Beschluss:

Die übrigen Inhalte der 2. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach werden in der vorliegenden Fassung beschlossen.

19. **Erhöhung des pauschalierten städtischen Zuschusses für den Förderverein des Bergischen Museums ab 01.01.2023**
0025/2023

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

1. Der pauschalierte städtische Zuschuss für den Förderverein des Bergischen Museums wird rückwirkend ab dem 01.01.2023 von bisher 71.200 EUR auf 79.000 EUR jährlich erhöht; wie bisher auch weiterhin mit pauschalierter Erhöhung um 1% p.a. ab 2024. Die Verwaltung wird beauftragt, den Vertrag mit dem Förderverein entsprechend anzupassen.
2. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind in der Finanzplanung zu berücksichtigen und im Haushalt der Folgejahre bereitzustellen. Die erforderlichen Mittel für 2023 sind über die Änderungsliste in die Haushaltsverhandlungen eingebracht.

20. **Beschluss über die Einrichtung einer offenen Sprechstunde des Integrationsrates**
0677/2022

Die Ratsmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

21. **Beschlussvorschlag für eine weitere Beiratsperiode des Gestaltungsbeirats von fünf Jahren**
0690/2022

Herr Krell kritisiert in Anbetracht der derzeitigen Haushaltssituation, dass es fünf Beiratsmitglieder gebe. Er sei der Auffassung, dass der Gestaltungsbeirat auch mit drei Mitgliedern gut funktionieren würde.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion, die Fraktion Freie Wählergemeinschaft und Herrn Samirae bei Enthaltung von einer Stimme aus den Reihen der Bergischen Mitte Fraktion folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt eine weitere Beiratsperiode des Gestaltungsbeirats der Stadt Bergisch Gladbach über fünf Jahre, die Wiederwahl der amtierenden Beiratsmitglieder Frau Dipl.-Ing. Stadtplanerin Regina Stottrop, Herrn Dipl.-Ing. Landschaftsarchitekt Friedhelm Terfrüchte für eine weitere Amtszeit von fünf Jahren und Herrn Dipl.-Ing. Matthias Fritzen für eine verkürzte Amtszeit von einem Jahr sowie die Abberufung der amtierenden Beiratsmitglieder Frau Dipl.-Ing. Architektin Bernadette Heiermann sowie Herrn Dipl.-Ing. Architekt Michael Arns und die Neubesetzung durch Frau Dipl.-Ing. Architektin Andrea Bachmann und Herrn Dipl.-Ing. Markus Schmale für eine Amtszeit von fünf Jahren.

22. Änderung der Geschäftsordnung und Anpassung der Aufwandsentschädigung des Gestaltungsbeirats
0691/2022

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung von einer Stimme aus den Reihen der Bergischen Mitte Fraktion folgenden geänderten **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Änderung der Punkte 2 und 4 der Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirats der Stadt Bergisch Gladbach sowie die Anpassung der Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Gestaltungsbeirats der Stadt Bergisch Gladbach gemäß Sachdarstellung der Vorlage. Die beiden Formulierungen „in der Regel“ im Änderungsvorschlag werden gestrichen.

23. Beitritt der Stadt zur BürgerEnergie Bergisch Gladbach Genossenschaft
0175/2023

Herr Dr. Engel regt an, dass die Abwicklung der Genossenschaft BürgerEnergie beispielsweise über die Rheinisch Bergische Wirtschaftsförderung laufen könnte.

Herr Waldschmidt führt an, dass der Sinn des Beitrittes sei, dass Dachflächen zur Verfügung gestellt würden und die Stadt nicht darauf angewiesen sei diese Dachflächen auszuschreiben.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die AfD-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Absicht, im Gründungsfall der Genossenschaft BürgerEnergie Bergisch Gladbach (Arbeitstitel) beizutreten und einen Geschäftsanteil in Höhe von 500,00 Euro zu erwerben. Auf eine Vorberatung im Hauptausschuss und im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften wird verzichtet.

24. Beitritt der Stadt Bergisch Gladbach als Gesellschafterin zur "NRW.Urban Kommunale Entwicklung GmbH"
0120/2023

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt den Beitritt der Stadt Bergisch Gladbach als Gesellschafterin zur „NRW.Urban Kommunale Entwicklung GmbH“ mit einem Geschäftsanteil von 1.000 EUR zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

25. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung: Antragstellung

**„Impulsförderung Kommunale Wärmeplanung“ und Bereitstellung
konsumtiver Mittel im Haushalt 2024**

0124/2023

Herr Schütz kritisiert, dass die Voraussetzungen für eine Dringlichkeitsentscheidung hier nicht gegeben seien.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Bergische Mitte Fraktion folgenden **Beschluss**:

Die der Vorlage als Anlage beigefügte Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 Absatz 1 GO NRW genehmigt.

26. Heimat-Preis 2023

0078/2023

Herr Schöpf führt an, dass der Heimatpreis auch ohne die Zuwendung von 5.000 Euro verliehen werden sollte.

Herr Stein antwortet, dass man im Bedarfsfall einen Weg finden werde den Heimatpreis auch ohne die Zuwendung und ohne einen fiskalischen Schaden für die Stadt zu verleihen.

Herr Dr. Nuding wirft ein, dass der Beschluss vorsehe den Heimatpreis ohne die entsprechende Zuwendung nicht zu verleihen.

Herr Stein antwortet, dass man die finanziellen Mittel hierfür bereitstellen könne ohne diesem aus dem Haushalt zu entnehmen, beispielsweise im Rahmen einer Spendensammlung.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

1. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt, für 2023 einen Heimatpreis auszuloben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Fördermittel bei der Bezirksregierung zu beantragen.
3. Sollte dem Antrag auf Gewährung einer Zuwendung in Höhe von 5.000 EUR nicht entsprochen werden, wird kein Heimatpreis verliehen.

27. VII. Änderungssatzung zur Hauptsatzung

0686/2022

Der Rat fasst einstimmig folgenden geänderten **Beschluss**:

Die der Vorlage als Anlage beigefügte VII. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates unter Berücksichtigung der folgenden Änderung beschlossen:

Artikel 1 der VII. Änderungssatzung erhält die folgende Fassung:

„Artikel 1

§ 4 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„§ 4

Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NRW

(1) Jede Einwohnerin oder jeder Einwohner der Stadt Bergisch Gladbach, die oder der seit mindestens drei Monaten in der Stadt Bergisch Gladbach wohnt sowie jeder eingetragene Verein in Bergisch Gladbach hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen in Textform nach § 126b des Bürgerlichen Gesetzbuches mit Anregungen oder Beschwerden an den Rat zu wenden. Anregungen und Beschwerden müssen eine Angelegenheit der Stadt Bergisch Gladbach betreffen. Anregungen und Beschwerden, die nicht in den Aufgabenbereich der Stadt Bergisch Gladbach fallen, kann die

Bürgermeisterin/der Bürgermeister an die zuständige Stelle weiterleiten. Die Antragstellerin/der Antragsteller ist hierüber zu unterrichten. Eingaben von Bürgerinnen/Bürgern, die weder Anregungen noch Beschwerden zum Inhalt haben (z.B. Fragen, Erklärungen, Ansichten etc.), sind ohne Beratung von der Bürgermeisterin/vom Bürgermeister zurückzugeben.“

28. Änderung der Bezeichnung und der Zuständigkeiten des bisherigen Ausschusses für den Stadthausneubau (ASHNB)
(Die Vorlage Nr. 0608/2022 wurde in den Sitzungen des Hauptausschusses am 07.12.2022 und des Rates am 13.12.2022 vertagt. Der Ältestenrat empfahl dem Bürgermeister in der Sitzung am 06.02.2023, den Tagesordnungspunkt ohne Vorlage in die Tagesordnungen der Sitzungen des Hauptausschusses am 21.03.2023 und des Rates am 28.03.2023 aufzunehmen.)

Herr Schütz beantragt eine separate Abstimmung über die erste und zweite Ziffer des Beschlussvorschlages.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

1.
Die II. Änderung der Zuständigkeitsordnung für die X. Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach wird beschlossen.

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Bergischen Mitte Fraktion folgenden **Beschluss**:

2.
Zur Verteilung der Ausschussvorsitze ist am 20.03.2023 die folgende Einigung der Fraktionen beim Bürgermeister eingegangen, die angenommen wird:

Ausschuss	Vorsitz	stv. Vorsitz
AFBL	Herr Haasbach (CDU)	Herr Eschbach (B´90/DG)
ASWDG	Frau von Berg (CDU)	Frau Klupp (B´90/DG)
AAB	Herr Steinbüchel (B´90/DG)	Herr Lucke (CDU)
RPA	Herr Henkel (CDU)	Herr Orth (SPD)
ABKS	Frau Lindberg-Bargsten (SPD)	Frau Bischoff (CDU)
ASG	Frau Dr. Steinmetzer (B´90/DG)	Herr Ebert (SPD)
AZG	Herr Buchen (CDU)	Herr Gajewski-Schneck (B´90/DG)
SPLA	Herr Ebert (SPD)	Herr Dr. Metten (CDU)
AMV	Herr Dr. Cramer (B´90/DG)	Herr Renneberg (CDU)
AIUSO	Herr Wagner (CDU)	Herr Zalfen (SPD)
WPA	Herr Dr. Bacmeister (B´90/DG)	Frau von Berg (CDU)

29. Änderung der "Allgemeinen Regelungen für die Durchführung von auswärtigen Klausurtagungen der Fraktionen"
0110/2023

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

In Ergänzung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 18.03.2010 und des Rates vom 25.03.2010 zur Vorlage Nr. 0131/2010 – Ergänzung der Regelungen über die Zuwendungen zu den Aufwendungen der Geschäftsführungen der Stadtratsfraktionen – sowie des Haupt- und Finanzausschusses vom 29.10.2015 und des Rates vom 03.11.2015 zur Vorlage Nr. 0358/2015 – Änderung der „Allgemeinen Regelungen für die Durchführung von auswärtigen Klausurtagungen der Fraktionen“ – wird die dieser Vorlage als Anlage beigefügte Änderung der „Allgemeinen Regelungen für die Durchführung von auswärtigen

Klausurtagungen der Fraktionen“ beschlossen. Die übrigen Beschlussinhalte aus den vorgenannten Sitzungen bleiben unverändert bestehen.

30. Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten: (stellvertretende) Vertretung der Stadt Bergisch Gladbach in Organen verschiedener Unternehmen
0671/2022

Der Rat fasst einstimmig folgende **Wahl**:

Herr Sebastian Höller (VV II-1) wird zum Vertreter der Stadt Bergisch Gladbach in der Generalversammlung der GL-Solar-Energiegenossenschaft Bergisch Gladbach eG, Herr Bürgermeister Frank Stein zum Vertreter der Stadt Bergisch Gladbach in der Gesellschafterversammlung der Rheinisch-Bergisches Technologiezentrum GmbH und Herr Thore Eggert (VV I) zum stellvertretenden Vertreter der Stadt Bergisch Gladbach in der Gesellschafterversammlung der Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH bestellt. Herr Bürgermeister Frank Stein wird zum Vertreter der Stadt Bergisch Gladbach in der Gesellschafterversammlung der Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-GmbH bestellt.

31. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

31.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 02.03.2023 (eingegangen am 02.03.2023) zur Umbesetzung in Ausschüssen
0173/2023

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 02.03.2023 (eingegangen am 02.03.2023) zur Umbesetzung in Ausschüssen wird beschlossen.

31.2. Antrag der FDP-Fraktion vom 23.02.2023 (eingegangen am 02.03.2023) zur Umbesetzung in Ausschüssen
0174/2023

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der FDP-Fraktion vom 23.02.2023 (eingegangen am 02.03.2023) zur Umbesetzung in Ausschüssen wird beschlossen.

31.3. Antrag der CDU-Fraktion vom 07.03.2023 (eingegangen am 07.03.2023) zur Umbesetzung in Ausschüssen
0176/2023

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 07.03.2023 (eingegangen am 07.03.2023) zur Umbesetzung in Ausschüssen wird beschlossen.

32. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge der Fraktionen im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

33. Anfragen der Ratsmitglieder

33.1. Schriftliche Anfragen

33.1.1. Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 17.03.2023 (eingegangen am 17.03.2023): „Grillhütte in Refrath“

Herr Stein erläutert, dass es zu dieser Thematik eine Vorlage für den ASG geben werde. Allerdings würden der Versicherungszeitwert der abgebrannten Grillhütte und die Wiederaufbaukosten in einem kritischen Verhältnis zueinander stehen. Die Fachverwaltung beschäufte sich aber auch mit dem Thema öffentliche Toiletten an diesem Standort, da hier definitiv ein Bedarf bestünde.

Die Ratsmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

33.2. Mündliche Anfragen

Herr Wagner: Anfrage zum Thema Bauberatung

Herr Wagner führt an, dass es bis vor drei Jahren eine Bauberatung der Stadt gegeben habe, welche pandemiebedingt eingestellt worden sei. Er fragt an, wann dieser Service den Bürgern wieder angeboten werde. Zum Thema Grillhütte in Refrath sei die Antwort sehr unbefriedigend.

Herr Stein antwortet, dass er die Verwaltung mit dem Thema Grillhütte nun beauftragt habe.

Herr Migenda antwortet, dass es während der Pandemie eine telefonische Sprechstunde zur Bauberatung für Bürger gegeben habe und seit dieser Woche auch zweimal die Woche wieder die offene Sprechstunde gebe.

Herr Haasbach: Anfrage zum Thema Pachtvertrag Bienenzuchtverein Grundstück „Am Pützchen“

Herr Haasbach erläutert, dass es vor einiger Zeit eine Diskussion darüber gegeben habe, ob man auf dem Grundstück „Am Pützchen“ eine KiTa errichten könnte. Allerdings habe diesem Vorhaben ein Pachtvertrag mit dem Bienenzuchtverein für dieses Grundstück im Weg gestanden. Er fragt an, ob dieser Pachtvertrag noch existiere oder ob es für dieses Grundstück mittlerweile einen anderen Pachtvertrag gebe.

Herr Stein verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Frau von Berg: Anfrage zum Thema Sach- und Personalkosten Laurentiusstraße

Frau von Berg bittet um eine Darstellung der entstandenen Sach- und Personalkosten für das Projekt Laurentiusstraße als Fahrradstraße. Bei den Personalkosten solle zudem zwischen Fremdpersonalkosten und Eigenpersonalkosten differenziert werden. Die Kosten für die Kampagne „Fahrradstraße“ und wo diese Kosten im Haushalt veranschlagt würden solle ebenfalls dargestellt werden.

Herr Stein verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Frau Wasmuth: Anfrage zum Thema fehlende Kita-Plätze

Frau Wasmuth führt an, dass der Bedarf für Kita-Plätze in Lückerrath sehr groß sei. Der Eigentümer des Carpark-Geländes in Lückerrath habe mitgeteilt, dass dort 6.000 qm Grundstücksfläche für eine mögliche Errichtung einer Kita zur Verfügung stünden. Sie fragt an, wann die Stadt in den Errichtungsprozess einsteigen werde.

Herr Migenda antwortet, dass man mit dem Eigentümer regelmäßige Gespräche führe. Die für die Kita eing geplante Grundstücksfläche werde aufgrund der Flüchtlingskrise nun anderweitig benötigt.

Die übrige Grundstücksfläche sei im B-Plan für eine Sportnutzung vorgesehen, weshalb zunächst der B-Plan abgeändert werden müsste.

Frau Wasmuth betont, dass es nun an der Zeit sei den B-Plan dementsprechend zu ändern.

Herr Migenda antwortet, dass die Änderung des B-Planes eine politische Entscheidung sei. Das Vorhaben stünde bereits in der Prioritätenliste. Allerdings müsste ebenfalls vorab ein Interessensbekundungsverfahren durchgeführt werden.

Herr Buchen: Anfrage zum Thema Errichtung Kita Lückerath

Herr Buchen fragt an, wie man eine Kita auf der „Lenawiese“ in Lückerath unabhängig von der Grundstücksfläche des Carparkgeländes ermöglichen könne und ob sich dieses Grundstück für eine Kita eigne.

Herr Stein antwortet, dass hierfür ein politischer Antrag mit entsprechender Mehrheit gestellt werden müsste. Allerdings schlage die Verwaltung diesen Standort aus ökologischen Gründen nicht für eine Kita vor.

Herr Krell: Anfrage zum Thema Kita Carparkgelände

Herr Krell bittet um eine schriftliche Darstellung darüber, was unternommen werden müsse um auf den 6.000 qm des Carparkgeländes eine Kita zu errichten.

Herr Stein antwortet, dass diese schriftliche Darstellung erstellt werde.

Herr Henkel: Anfrage zum Thema Energieagentur

Herr Henkel erläutert, dass es vonseiten des Rheinisch-Bergischen-Kreises den Beschluss gebe eine Energieagentur zu gründen. Innerhalb der Stadtverwaltung gebe es nun Bestrebungen dieser Energieagentur nicht beizutreten, sondern der Energieagentur des Rhein-Sieg-Kreises.

Herr Migenda antwortet, dass die Stadt hierzu noch keine konkreten Pläne habe und sich bisher nur über diverse Optionen informiert habe.

Frau von Berg: Anfrage zum Thema Zuwendungen 2022

Frau von Berg äußert bezüglich Herrn Steins Aussage zur Kita in Lückerath, dass die Stadt hierfür andere mögliche Flächen anbieten müsse.

Außerdem bittet sie um eine Darstellung über die nicht pauschal ausgezahlten Zuwendungen aus dem Jahre 2022.

Herr Stein verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Stein schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:16 Uhr.

gez.
Frank Stein
Bürgermeister

gez.
Saskia Anger
Schriftführung